



Jugend im Parlament Resolutionen 1998

Schule und Bildung

In seinen Beratungen setzte sich der Ausschuß Schule und Bildung mit folgenden Oberthemen auseinander:

1. Status der LehrerInnen
2. Kindliche Bildung und Erziehung
3. Einsparungen/Finanzen
4. Weiterführende Schulen

Nach Anhörung mehrerer Experten aus Schulbehörde (OSR Dr. Schmitz), CDU-Fraktion (Frau Machaczek), SPD-Fraktion (Frau Schilling), GEW (Frau Zimdahl) sowie von Herrn Gonnermann (Grundschuldirektor) und Herrn Gehring (Kindertagesstättenleiter) verabschiedete der Ausschuß folgende Resolutionen.

1. Status der LehrerInnen

Wir sehen eine Vielzahl von Mißständen im bestehenden Schulsystem der Hansestadt Hamburg, die maßgeblich durch folgende Faktoren bedingt sind:

- Der BeamInnenstatus der LehrerInnen macht diese quasi unkündbar. Es mangelt den Schulen daher an Möglichkeiten, fachliche sowie pädagogisch-didaktische Kompetenzen der LehrerInnen regelmäßig zu prüfen und inkompetente Lehrkräfte zu entlassen.
- Der BeamInnenstatus ist dafür verantwortlich, daß es bisher für nicht erforderlich erachtet wurde, SchülerInnen in die Beurteilung von LehrerInnen einzubeziehen.
- LehrerInnen, die sich durch Engagement und Kompetenz auszeichnen, werden durch den BeamInnenstatus unzureichend motiviert, da ihre Leistungen von den Schulen nicht ausreichend honoriert werden können.
- Es ist nicht ersichtlich, daß einE LehrerIn mit Fächern, welche besonders arbeitsintensiv sind und der regelmäßigen Fortbildung bedürfen, mit der gleichen Stundenzahl belastet wird wie einE KollegIn, dessen/deren Fächer erwiesenermaßen weniger aufwendig vorzubereiten sind.
- Es bestehen Nachteile in der Aufhebung des BeamInnenstatus, da diese möglicherweise die zu verhindernde Abwanderung von kompetenten LehrerInnen in Schulen und Bundesländer mit günstigeren Konditionen zur Folge haben könnte. Auch finanziell ist dieser Schritt nicht zu verantworten, da eine Änderung der Renten den Staat erheblich teurer zu stehen käme als die Pensionen, wie sie derzeit für BeamInnen vorgesehen sind.
- Die Aussicht auf Verbeamtung stellt häufig den einzigen Anreiz dar, die, unserer Ansicht nach, unterbezahlte Tätigkeit des Lehrers/der Lehrerin auszuüben.
- In der Ausbildung der LehrerInnen sehen wir einen erheblichen Mißstand in der Tatsache, daß es für den Erwerb besonders der gymnasialen Lehrerlaubnis nicht erforderlich ist, umfangreiche Kenntnisse auf dem Gebiet der Pädagogik und Didaktik zu erwerben.
- Es fehlt eine Regelung, die den regelmäßigen Nachweis für didaktische und pädagogische Fortbildung neben der fachlichen Fortbildung verlangt.

Deshalb fordern wir:

- eine regelmäßige Prüfung der fachlichen wie auch pädagogisch-didaktischen Kompetenzen.
- die Einführung schulinterner verbindlicher Befragungen der SchülerInnenenschaft über die Qualifikation der LehrerInnen nach dem Beispiel einiger dänischer Schulen. Diese Befragungen sollen repräsentativ sein und nicht dazu dienen, „unbeliebte LehrerInnen“ indirekt zu bestrafen. Somit soll sichergestellt werden, daß gut qualifizierte LehrerInnen nicht aus persönlichen Gründen wie Streit oder Rachsucht ihre Beschäftigung verlieren.
- die Anerkennung von persönlichem Engagement in der LehrerInnenenschaft. Daher unterstützen wir die Bemühungen, die zur Zeit in der Behörde zur gerechten Beurteilung des fächerspezifischen Arbeitsaufwandes unternommen werden.
- eine Vertiefung in der Aus- und Fortbildung der LehrerInnen auf dem Gebiet der Didaktik und Pädagogik.
- die Einführung eines regelmäßigen, verbindlichen Fortbildungsnachweises.

Unsere Forderungen kollidieren mit dem derzeit bestehenden Beamtenrecht. Daher fordern wir eine grundsätzliche Überprüfung des Beamtenstatus.

2. Kindliche Bildung und Erziehung

Der Unterausschuß „Kindliche Bildung und Erziehung“ befaßte sich mit der Struktur und dem Aufbau der Kindertagesstätten und Grundschulen.

Nach Ortsbesichtigung und Anhörung der Experten stellen wir fest, daß die Kindertagesheime ihre Aufgaben nicht mehr im ausreichenden Maße wahrnehmen können, da:

- ihnen immer mehr Verwaltungsaufgaben zugeteilt werden.
- finanzielle Einsparungen in einem solchen Maße vorgenommen werden, daß Instandsetzungsarbeiten nicht durchgeführt, Beschäftigungsmaterialien (Spielzeug, Stifte, Papier) nicht angeschafft werden können und Besuche von Museen und anderen Bildungseinrichtungen entfallen.
- akuter Personalmangel besteht und trotzdem weitere Stellen gestrichen werden sollen. Dies führt zu einem unverantwortlichen Verhältnis von Erziehern zu Kindern. Die erzieherische Aufgabe kann deshalb nicht mehr wahrgenommen werden; insbesondere kann verhaltensauffälligen Kindern nicht mehr die nötige Betreuung zuteil werden. Dieses früher noch durch gezielte Betreuung zu lösende Problem ist heute wegen der allgemeinen Mißstände nicht mehr zu kurieren. Es ist allgemein bekannt, daß der Wandel der Gesellschaft (alleinerziehende Mütter und Väter, Berufstätigkeit der Bezugspersonen, steigender Konsumzwang, zunehmende Medialisierung usw.) neue Herausforderungen an Bildung und Erziehung stellt.

Deshalb fordern wir, daß:

- der bereits vor zwei Jahren eingeführte Anspruch auf einen Kindergarten- oder Vorschulplatz für jedes Kind rechtlich einklagbar wird.
- die Rahmenbedingungen für Kindertagesheime, insbesondere finanziell, erheblich und kontinuierlich verbessert werden, so daß allen Kindern die ihnen angemessene Betreuung zuteil werden kann. Als ersten Schritt in diese Richtung fordern wir die sofortige Rücknahme der beschlossenen Sparmaßnahmen in Höhe von jährlich 27 Millionen DM ab dem Jahre 2001.

Ähnlich katastrophale Zustände mußten wir auch an den Grundschulen feststellen. Nach unserer Auffassung sollte die Schule bereit sein, neben dem Bildungsauftrag, aus den oben genannten Gründen auch erzieherische Funktionen zu übernehmen.

Das bisherige Konzept der VHGS (Verlässliche Halbtagsgrundschule) stellt lediglich einen schwächlichen Versuch dar, an den Symptomen herumzukurieren, und ist deshalb lediglich ein politisches Ablenkmanöver.

Wir fordern, daß ein grundlegend neues Konzept unter Einbeziehung der zahlreichen neuen und neuesten Erkenntnisse der verschiedenen Versuchs- und Experimentalschulen erarbeitet wird.

Langfristig ist auf die Schaffung eines Ganztagschulkonzepts hinzuwirken. Während der Übergangszeit ist eine Zusammenarbeit von Kindertagesheimen, Grundschulen und örtlichen Vereinen die einzige uns sinnvoll erscheinende Lösung.

3. Einsparungen/Finanzen

Nach Anhörung der Experten hat der Unterausschuß „Einsparungen/Finanzen“ folgendes festgestellt:

- Die Finanzlage an den Hamburger Schulen ist, bedingt durch Einsparungsvorgaben der Schulbehörde, in einem kritischen Zustand.
- Krankheitsbedingte Unterrichtsausfälle können nur unzureichend ausgeglichen werden.
- In der Antwort des Senats auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Andreas Kühn (CDU) vom 14. August 1998 (Drucksache 16/1253) wird von einem LehrerInnenbedarf von 14 453 Lehrerstellen gesprochen, dem ein Bestand von 14 254 LehrerInnen gegenübersteht.
- Eine umständliche Verwaltung der Gelder innerhalb der Schulbehörde sorgt oft für unnötige Mehrausgaben. Hierzu ist dem Unterausschuß ein Beispiel bei der Besetzung einer Hausmeisterstelle am Gymnasium Blankenese bekannt.
- Lehrmittel sind häufig veraltet und nicht mehr zeitgemäß.

Deshalb fordern wir:

- die Bereitstellung finanzieller Mittel, damit die fehlenden 199 LehrerInnen eingestellt und bei steigenden SchülerInnenzahlen weitere neue LehrerInnenstellen geschaffen werden können.
- langfristige krankheitsbedingte Unterrichtsausfälle müssen an Hamburger Schulen der Vergangenheit angehören. Sollte einE LehrerIn mehr als fünf Tage fehlen, ist ein vollwertiger Ersatz zu schaffen. Dies kann z. B. durch die Einrichtung einer „LehrerInnenfeuerwehr“ geschaffen werden.
- autonome Finanzverwaltung der Schulen, um Fehltausgaben zu vermeiden.
- die Bereitstellung zeitgemäßer Lehrmittel.
- die Unterstützung der Idee des „Sponsoring“ an Hamburger Schulen, um deren Finanzsituation zu verbessern.

Es darf nicht weiter an der Bildung der Kinder und Jugendlichen, die die Zukunft unserer Gesellschaft darstellen, gespart werden.

Wir fordern daher die sofortige Einstellung aller Sparmaßnahmen im Bereich Bildung.

4. Weiterführende Schulen

Betreffend die Bildung in weiterführenden Schulen zeichnen sich folgende Probleme ab:

- Es gibt erhebliche qualitative Differenzen in den Standards von Schulen einer Schulform.

- Aus dem Haushaltsplan 1998 wird eine ungerechte Verteilung der finanziellen Mittel zuungunsten der Real- und Hauptschulen ersichtlich.
- Die Schulzeit zum Erwerb der Hochschulreife in Deutschland ist im Vergleich zu anderen Ländern im vereinigten Europa zu lang.
- Die veränderten Auflagen der KMK (Kultusministerkonferenz) vom 25. Oktober 1996 für die gymnasiale Oberstufe erfordern bei sinkenden finanziellen Mitteln zwingend eine Reform im Konzept und in der Koordination derselben.
- Im Bereich der gymnasialen Oberstufe können bestimmte Kurse häufig nicht angeboten werden.
- Das Schulfach Informatik wird unzureichend aktuell und nicht genug anwendungsbezogen vermittelt.

Deshalb fordern wir:

- die Überprüfung und Einhaltung eines einheitlichen Bildungsstandards.
- die Einführung eines fachlichen LehrerInnenkoordinationsrates zwischen kooperierenden Schulen oder auf Stadtteilebene, für mehr Zusammenarbeit in bezug auf Leistungsziele.
- die Verkürzung der Schulzeit zum Erwerb der Hochschulreife von 13 auf zwölf Jahre.
- die verstärkte Vorbereitung in der Mittelstufe auf die Studienstufe, speziell in der Gesamtschule, und die Vermittlung von Grundkenntnissen in Rechtschreibung und Grammatik sowie Schlüsselqualifikationen für Beruf und Studium, wie selbstorganisiertes Arbeiten, Teamfähigkeit, Präsentation von Ergebnissen.
- eine verstärkte Kooperation zwischen einzelnen Schulen, über den Bereich sogenannter Partnerschulen hinaus, die den Schülern flexiblere Kurswahl ermöglicht.
- aufgrund der veränderten Auflagen der KMK mehr LehrerInnenstellen an Gymnasium und Gesamtschule in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch und Gemeinschaftskunde.
- einen Studiengang „Informatik auf Lehramt“ und im Bereich Informatik die Möglichkeiten zu regelmäßigen Fortbildungen sowie die Aufrüstung der Material- und Gerätebestände.
- die Vermittlung von Basiswissen in der Anwendung von Computern und Standardsoftware verpflichtend zu machen.

Stadtplanung und Verkehr

Alternative Verkehrsmittel

Dieser Ausschuß fordert, daß die Attraktivität des ÖPNV und des Fahrradverkehrs konsequent gegenüber dem motorisierten Individualverkehr verbessert werden muß. Daher sollte das ÖPNV-Netz ausgebaut werden besonders auf den Strecken, auf denen BerufspendlerInnen verkehren. So könnten z. B. Gewerbegebiete durch Eilbusse an das Schnellbahnnetz effektiv angebunden werden. Auch Gemeinschaftstarife des HVV und der DB könnten vorteilhaft für PendlerInnen aus dem weiteren Hamburger Umland sein und die Benutzung von Autos zum Personentransport verringern.

Zudem würde eine Ringverbindung, die quer zu den bestehenden Schnellbahnstrecken verläuft, die Verbindung zwischen verschiedenen Teilen der Stadt und des Umlandes verbessern. Diese könnte mit einer hohen Anzahl von Eilbussen hergestellt werden oder auch mit Hilfe einer Straßenbahn, die gleichzeitig eine Verbindung zum Flughafen schaffen könnte.

Wir schlagen auch vor, die Schnellbahnen spät abends weniger häufig, dafür aber länger einzusetzen. Außerdem sollten die Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder in den Schnellbahnen verbessert werden, z. B. durch mehr Platz für Fahrräder in den Bahnen und durch Abschaffung der Sperrzeiten.

Ein solcher Ausbau wäre auch durch eine Verteuerung des motorisierten Individualverkehrs, z. B. durch eine Erhöhung der Mineralölsteuer, für die sich Hamburg auf Bundesebene einsetzen sollte, zu finanzieren. Ebenfalls verbessern niedrige Preise des ÖPNV und höhere Kosten im motorisierten Individualverkehr die Attraktivität des Ersteren.

Auch der Fahrradverkehr muß gestärkt werden. Ganz besonders der schlechte Zustand vieler Fahrradwege ist kontraproduktiv. Hier sind dringend Verbesserungen nötig, bei denen auch die Bezirksämter gefordert sind.

Die Schaffung von Tempo 30-Zonen ist in Hamburg glücklicherweise sehr weit fortgeschritten, obwohl in Einzelfällen durchaus noch Bedarf nach weiteren Zonen besteht.

Weiterhin fordern wir mehr Mittel für die Verbreitung von Informationen über ÖPNV-Angebote und deren Vorteile, anstatt durch weitgehende Zwangsmaßnahmen die Menschen zur Nutzung des ÖPNV zu bewegen.

Hafencity

Geleitet von dem bisherigen Planungsstand des Projektes Hafencity stellen wir folgende Forderungen:

- Mindestens 70 Prozent der zu bebauenden Flächen sollen als Wohnraum ausgewiesen werden. Damit wird erreicht, daß attraktive Wohnflächen im citynahen Bereich entstehen und der „Schwerpunkt Mensch“ wieder in den Vordergrund rückt.
- Die restliche Nutzfläche soll zu einem möglichst geringen Prozentsatz als Büroflächen genutzt werden. Dadurch wird sichergestellt, daß keine überflüssigen Büroflächen leerstehen und die wenigen zur Verfügung stehenden Büroflächen attraktiver erscheinen. Anhand des dadurch entstehenden höheren Preisniveaus ist die Finanzierung durch PrivatinvestorInnen gesicherter als durch Preisdumping bei Überangebot.
- Die zu vergebende Wohnfläche soll unter folgenden Gesichtspunkten verteilt werden:
 - keine Ballung bzw. Strukturierung nach Gebieten
 - direkte Mischung von Büro- und Wohnfläche
 - Integration von sozialen Wohnprojekten
 - Diversifizierung im Angebot der Wohnungsgrößen.

Somit soll eine lebendige Wohnkultur und soziale Integration ermöglicht werden. Ghettoisierung und Anwohnerlobbyismus soll vermieden werden.

- Die bis zu drei bei dem Architektenwettbewerb von der Jury favorisierten Konzepte, die den Rahmenbedingungen entsprechen müssen, sollen den BürgerInnen Hamburgs zur Abstimmung vorgelegt werden. Führt diese Abstimmung zu keinem eindeutigen Ergebnis, so hat die Bürgerschaft abzustimmen. So ist gewährleistet, daß jede/r HamburgerIn sich mit ihrem/seinem neuen Stadtteil identifiziert und aktiv an der Gestaltung ihrer/seiner Stadt teilnimmt.
- Von der Gesamtfläche der Hafencity sollen auf mindestens 10 Prozent integrierte Grünflächen eingerichtet werden. Nur ein Gebiet, welches ausreichende Naherholungsflächen bietet, wird sich langfristig als attraktives Wohngebiet behaupten.
- Wir sprechen uns für eine abwechslungsreiche Mischbauweise aus. Unterschiedliche Architektur verhindert den Ausschluß der Speicherstadt aus dem Gesamtbild und fördert ein lebendiges Stadtbild.
- Es ist empfehlenswert, kulturelle und gastronomische (gesellschaftliche) Einrichtungen zu fördern bzw. zu bezuschussen. Dieses schafft Arbeitsplätze im Viertel und fördert zusätzlich die Lebendigkeit des Stadtteils.

- Auch nachts muß Hafencity mit ÖPNV gut zu erreichen sein.
- Wir fordern, daß bei der Bebauung von dem Gebiet Hafencity ökologische Bauweisen angewandt werden. Wir verweisen hierzu auf unseren Unterausschuß „Ökologische Stadtplanung“.
- Wir sprechen uns weiterhin dafür aus, daß kein „künstliches Zentrum“ entsteht, wodurch peripherere Gebiete veröden. Statt dessen müssen kulturelle und gastronomische (gesellschaftliche) Angebote über das gesamte Viertel verstreut werden. Somit wird erreicht, daß die gesamte Hafencity durchgehend belebt und attraktiv ist und keine benachteiligten Bezirke entstehen.
- Diese Maßnahmen fördern unter anderem den Tourismus und die Attraktivität des Standortes Hamburg.

Flughafenanbindung

Die Arbeitsgruppe „Flughafenanbindung“ des Ausschusses „Stadtplanung und Verkehr“ hat sich mit der Anbindung des Flughafens Fuhlsbüttel durch den ÖPNV beschäftigt. Ausgangslage sind die steigenden Passagierzahlen und die wachsende Bedeutung des Flugverkehrs für den Großraum Hamburg.

1. Die finanziellen Mittel zum Bau der bereits angenommenen und vollständig geplanten Schienenanbindung an den Flughafen Fuhlsbüttel müssen umgehend bewilligt werden, da der momentane Zustand der Flughafenanbindung bei steigendem Passagieraufkommen unzureichend, passagierunfreundlich und daher für die Zukunft des Flughafenstandorts inakzeptabel ist.

- Unkalkulierbarkeit der An- und Abfahrtsdauer
- KundInnenunfreundlichkeit aufgrund fehlender moderner Direktverbindung.

Dies führt zu Imageschädigung und der Gefahr der KundInnenabwanderung zu anderen gesamtdeutschen Flughäfen.

Die Folgen sind wettbewerbsschädigende und gravierende finanzielle Verluste für die Flughafen Hamburg GmbH.

2. Bis zur Fertigstellung einer Anbindung an das Schienennetz zum Flughafen Fuhlsbüttel fordern wir eine Verbesserung der bestehenden Anbindungen durch den ÖPNV und Schaffung separater Busspuren zum Flughafen Hamburg.

Diese sind:

- vermehrter Einsatz von kundenfreundlichen Niederflurbussen mit höherem Gepäckvolumen,
- Einrichtung von neuen Airport-Express-Linien von verschiedenen, modernen, behindertengerechten und zugleich citynahen Haltestellen.

Abschließend ist zu sagen, daß eine Schienenverbindung zum Flughafen unabdingbar ist.

Dadurch wird unter anderem auch eine Verkehrsberuhigung auf den Zufahrtsstraßen erfolgen, da von einer durchschnittlichen Nutzung einer Schienenbahn um 25 bis 30 Prozent der Fluggäste und Beschäftigten des Flughafens ausgegangen wird.

Ökologische Stadtplanung

Unserer Meinung nach sind zu wenig ökologische (bauliche und landschaftliche) Aspekte im heutigen Stadtbild vertreten. In Anbetracht der Tatsache der immer stärkeren Umweltbelastungen fordern wir folgende Maßnahmen, die Mensch und Natur entlasten:

1. Selbstverpflichtung, Knicks und Grünflächen in jeden Bebauungsplan einzubringen.
2. Verpflichtung des Ausbaus des Fernwärmenetzes für ganz Hamburg (Dezentralisierung durch Blockheizkraftwerke) und Förderung von alternativen Energien.
3. Großflächiger Einsatz von Brauchwasserkollektoren.

4. Selbstverpflichtung Hamburgs zur Einsetzung von ökologischen Dämmmaterialien in städtischen Bauten (z. B. Sozialwohnungen) als Vorbildfunktion.
5. Förderung von Niedrigenergie-Häusern durch niedrig bezinsten Darlehen der Stadt.
6. Da zwei Drittel der Wärme Hamburgs durch schlechte Isolierung verlorengehen, fordern wir ein Gesetz zum Einbau ökologischer Dämmmaterialien bis zum Jahr 2015 in allen Gebäuden.
7. Oftmals wird eine ökologische Bauweise dadurch verhindert, daß sie nicht in das allgemeine Stadtbild paßt, deshalb fordern wir, daß das Ökologische den ästhetischen Aspekten vorgezogen wird.
8. Wir fordern eine getrennte Subventionierung, die
 - a) den/die HerstellerIn von ökologischen Baumaterialien und Technologien unterstützt und
 - b) den/die KonsumentIn ebenfalls fördert, um ökologisches Bauen attraktiver zu machen.
9. Die Öffentlichkeitsarbeit zum ökologischen Bauen bedarf wesentlicher Intensivierung und Verbesserung.
10. Wir fordern die Herabsetzung der Autostellflächen, außerdem unterstützen wir die Abschaffung von Ausgleichszahlungen beim Ausbau von Häusern für das Nichtvorhandensein von Stellflächen. Wir unterstützen die Annäherung an das japanische Modell, wobei AutobesitzerInnen, die ihre Pkws auf öffentlichen Straßen parken, Ausgleichszahlungen an die Stadt leisten, mit denen öffentliche Verkehrsmittel gefördert werden sollen. Wir sind der Meinung, daß durch diese Maßnahmen der Umstieg der BürgerInnen auf öffentliche Verkehrsmittel mit vorangetrieben werden kann.

AusländerInnenpolitik

Abschiebung krimineller AusländerInnen

1. Allgemein

1.1. Wir sehen es als unverantwortlich an, daß AsylbewerberInnen in angeblich „herkunftssichere Länder“ abgeschoben werden. In unseren Augen gilt ein Land, in dem Bürgerkrieg, Hungersnot oder Naturkatastrophen herrschen, nicht als herkunftssicher.

1.2. Wir wehren uns gegen das immer noch bestehende Jus sanguinis (Blutrecht), nach dem nur der- oder diejenige Recht auf Einbürgerung hat, der oder die „deutsches Blut“ in sich trägt. Darin sehen wir eine rassistische Diskriminierung.

1.3. Wir sehen es nicht ein, daß minderjährige Flüchtlinge schon mit 16 Jahren als volljährig gelten.

1.4. Wir lehnen die Abschiebung minderjähriger Flüchtlinge ab.

Zu 1.1.: Wir fordern, daß Länder, in denen Bürgerkrieg, Hungersnot oder Naturkatastrophen herrschen, als unsicher gelten. Außerdem fordern wir eine ständige Aktualisierung der „Liste sicherer Herkunftsländer“, ohne daß wirtschaftliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland Einfluß darauf haben.

Zu 1.2.: Wir fordern die Abschaffung dieses aus unserer Sicht rassistischen Gesetzes.

Zu 1.3. und 1.4.: Wir fordern, daß minderjährige Flüchtlinge erst mit 18 Jahren als volljährig gelten, sowie den sofortigen Abschiebestopp minderjähriger Flüchtlinge.

2. Abschiebung krimineller AusländerInnen

2.1. Wir lehnen es ab, daß kriminell gewordene AusländerInnen in Bürgerkriegsländer abgeschoben werden, weil ihnen so indirekt die Todesstrafe auferlegt wird.

2.2. Wir sehen es als unverantwortlich an, daß ein Resozialisierungsprogramm anstatt einer Abschiebung nur möglich ist bei geringen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz. Also nur dann, wenn man eine geringe Menge sogenannter weicher Drogen besitzt. Diese Programme werden so gut wie nie genutzt.

2.3. Wir sehen es als nicht nachvollziehbar an, daß z. B. ein harter Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz (Dealen mit harten Drogen) gleichgestellt wird mit Landfriedensbruch oder einer unangemeldeten Demonstration.

Zu 2.1.: Wir fordern den sofortigen Abschiebestopp in Bürgerkriegsländer.

Zu 2.2.: Wir fordern mehr Investitionen in die Resozialisierungsprogramme für kriminell gewordene Flüchtlinge, die sich nicht nur auf den Drogenkonsum beziehen. Es soll mit dem gleichen Maß wie bei deutschen BürgerInnen gemessen werden.

Zu 2.3.: Wir fordern eine starke Differenzierung zwischen den Straftaten. Straffällige sollen nach den für deutsche BürgerInnen geltenden Gesetzen verurteilt werden. Insbesondere fordern wir die Aufhebung des Versammlungs- und Demonstrationsverbotes für Flüchtlinge.

3. Rasche Umsetzung des Koalitionsvertrages in der Abschiebefrage

Wir fordern die schnelle Umsetzung der Inhalte des Koalitionsvertrages, damit viele Menschen das Recht auf Einbürgerung bekommen.

Einbürgerungsrecht und doppelte Staatsbürgerschaft

1.1. AusländerInnen, die in Deutschland seit mindestens acht Jahren leben, aber keine Aufenthaltserlaubnis besitzen, haben kein Recht auf Einbürgerung. Wir finden es wichtig, daß AusländerInnen in die deutsche Gesellschaft integriert werden. Außerdem sollten unsere ausländischen MitbürgerInnen nicht nur die gleichen Pflichten, sondern auch die gleichen Rechte haben.

Deshalb fordern wir:

zu 1.1.: AusländerInnen, die acht Jahre ohne ein höheres Strafverfahren in Deutschland gelebt haben, egal mit welchem Status, sollen das Recht auf Einbürgerung haben.

1.2. Nicht alle ausländischen MitbürgerInnen haben das Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft.

Deshalb fordern wir:

zu 1.2.: AusländerInnen, die das Recht auf Einbürgerung haben, sollten auch die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft haben.

Rechte der AusländerInnen

1. Wahlrecht

Für volljährige AusländerInnen, die seit mindestens acht Jahren einen ständigen Wohnsitz in Deutschland haben, sollte das Wahlrecht eingeräumt werden.

2. Ausübung von bestimmten Berufen und Positionen im Beruf durch AusländerInnen

Bestimmte Berufe dürfen ohne deutsche Staatsangehörigkeit nicht ausgeübt werden, wie z.8. Arzt/Ärztin, ApothekerIn usw. Wir sehen darin eine Diskriminierung.

Deshalb fordern wir: eine Aufhebung dieser AusländerInnenregelung für AusländerInnen, die in Deutschland studiert oder eine Ausbildung absolviert haben.

3. Asylleistungsgesetz

Menschen in Deutschland sollten gleichgestellt werden. Wir fordern die Abschaffung des Asylleistungsgesetzes.

4. Arbeitsrecht

Einige AusländerInnen, die eine potentielle Arbeitsstelle gefunden haben, müssen diese zuerst beim Arbeitsamt melden und abwarten, ob keinE „deutscheR“ ArbeitsloseR diese Stelle haben will. Erst wenn nach vier Wochen niemand Interesse für diese Arbeitsstelle bekundet hat, können diese AusländerInnen den Job haben.

Deshalb fordern wir:

AusländerInnen sollten auch die gleichen Rechte auf dem Arbeitsmarkt haben, damit die AusländerInnen für die „deutschen“ Arbeitslosen keine Arbeitsstelle suchen müssen.

Asylrecht

1.1. Nach § 32A des AuslG muß das Bundesinnenministerium feststellen, daß in einem Staat zur Zeit Bürgerkrieg herrscht, um einem Flüchtling Asyl gewähren zu können. Wir sehen es als unverantwortlich an, daß das Bundesinnenministerium sich schlichtweg weigert, solch eine Situation festzustellen. Deshalb fordern wir:

zu 1.1.: sofortige Umsetzung des §32A des AuslG.

1.2. Wir fordern die Hamburger Bürgerschaft auf, eine Gesetzesinitiative zur Änderung des AusländerInnengesetzes in Gang zu setzen, so daß die AusländerInnen mit einer Aufenthaltsbefugnis die gleichen Rechte bekommen wie AusländerInnen der zweiten Generation.

1.3. Unterkünfte

Die Unterkünfte für AsylbewerberInnen sind unzureichend, führen zur Isolation und sind zudem nicht ausreichend betreut.

Deshalb fordern wir:

zu 1.3.: mehr qualifizierte Betreuung, bessere Unterkunftsverhältnisse. Wir bitten die Hamburger Bürgerschaft, die Bundesregierung aufzufordern, daß sie sich mehr für den Weltfrieden ohne Anwendung von Gewalt einsetzt, damit die Notwendigkeit entfällt, in Deutschland Asyl suchen zu müssen.

Wir bitten die Bürgerschaft, sich noch einmal mit dem Fall Umes auseinanderzusetzen.

Drogenpolitik

I. Enttabuisierung

Wir wollen eine allgemeine *Enttabuisierung* des Themas Drogen in unserer Öffentlichkeit! Es ist unverantwortlich, wie dieses Thema bisher verdrängt wurde. Daher fordern wir mehr Präventions- und Aufklärungsarbeit.

Wir fordern:

1. aktuelle Broschüren über Drogen, die klar und objektiv die Risiken und Gefahren, aber auch (!) die Reize von Drogen darstellen.
2. öffentliche Gelder für die Publizierung bestehender Beratungsstellen zum Thema Drogen.
3. öffentliche Seminare und Veranstaltungen für unterschiedliche Zielgruppen (Jugendliche, Eltern ...) und nicht nur für LehrerInnen.
4. kontroverse Auseinandersetzungen mit dem Thema Drogen in den Schulen, z. B. in Form von Projekttagen, Diskussionen, Elternabenden ... (z. B. zusammen mit Methadon-Patienten, früheren Abhängigen, Junkies sowie anderen qualifizierten ReferentInnen).
5. daß Untersuchungen und Statistiken, auf deren Basis argumentiert wird, aktualisiert und dann veröffentlicht werden.

II. Legalisierung von Cannabis

Des Weiteren fordern wir hinsichtlich der Liberalisierung der Drogenpolitik:

1. die Legalisierung von Cannabis.
2. den Verkauf von Cannabis in Coffie-Shops oder Apotheken mit Abgabebegrenzung ab 18 Jahre. Die Preise sollen deutlich unter den Verkaufspreisen der DealerInnen liegen, um den illegalen Handel in diesem Bereich zu senken. Durch die Markttrennung harter und weicher Drogen würde die Quote der Umsteiger von Cannabis auf harte Drogen sinken, da der Cannabiskonsument mit dem kriminellen Milieu der Drogenszene nicht mehr in Berührung kommt.

III. Integration Suchtkranker

Außerdem fordern wir zur Integration Suchtkranker:

1. mehr soziale Einrichtungen in zentraler Lage (z.B. Sternschanze und St. Georg) mit Übernachtungsmöglichkeiten. Es gibt z. B. nachweislich nur eine Einrichtung für Frauen, von denen 57 Prozent der dort Verkehrenden obdachlos sind.
2. mehr Fixerstuben, in denen sich mehrere Gesundheitsräume mit nicht mehr als zehn Druckplätzen befinden. Weil viele Menschen sich außerhalb der Fixerräume ihren „Druck“ setzen (ca. 60 in einer halben Stunde) und gleichzeitig die acht existierenden Druckplätze besetzt sind, sieht man, daß alleine in St. Georg mindestens 40 Druckplätze erforderlich sind.
3. die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die geregelte Abgabe von reinem Heroin als Überbrückung bis zur Teilnahme an einem Substitutionsprogramm oder auch als Alternative zu Methadon, da so der Schwarzmarkthandel und die Beschaffungskriminalität erheblich geschwächt werden würde. Außerdem würden körperliche Krankheiten wegfallen, da reines Heroin den Körper nicht in so starkem Maße schädigt und die Menschen dadurch arbeits- und gesellschaftsfähig bleiben bzw. werden.
4. daß jeder Süchtige die Möglichkeit erhält, in ein Methadon-Programm aufgenommen zu werden, da die Abhängigkeit von harten Drogen genau wie Alkoholismus als Krankheit angesehen werden muß.
5. daß die Akupunkturbehandlung aus den USA, wo die Zahl der Rückfälligen hierdurch von 53 Prozent auf 13 Prozent gesunken ist und mit welcher auch in Deutschland schon erhebliche Erfolge erzielt wurden, in Hamburg staatlich subventioniert werden soll. Es sollte geprüft werden, ob - wie in den USA - einE kriminelleR DrogenabhängigeR zwischen der Verurteilung zu einer neunzig-tägigen Akupunkturbehandlung oder einer Gefängnisstrafe sich entscheiden kann.

IV. Rechtliche Voraussetzungen

Wir fordern schließlich, daß die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Krankenkassen auch für alle weniger stark Abhängigen, die sich für Methadon-Programme entscheiden, die Kosten tragen.

Es sollte keinerlei Vorschriften oder Bedingungen (z. B. Schwangerschaft, Lebenslauf usw.) mehr geben, die Voraussetzung für die Übernahme der Finanzierung der Therapie- oder Drogenprojekte durch die Krankenkassen sind.

Drogenabhängige sind krank und müssen somit genau wie andere kranke Menschen behandelt und unterstützt werden.

Jugend

1. Jugend und Politik

Während der Gespräche in unserem Ausschuß und mit den Experten, die jugendpolitische Sprecherin der SPD, Frau Rogalski-Beeck, und Klaus-Peter Hesse, stellten wir fest, daß es unter Jugendlichen Politikverdrossenheit gibt. Dies hat mehrere Ursachen:

1. Jugendliche fühlen sich von PolitikerInnen nicht ernst genommen.

Wir fordern:

Eine monatliche offene Stunde im Rathaus, in der die jugendpolitischen SprecherInnen, mindestens ein Mitglied aus den Ausschüssen Jugend und Sport und Schule und mindestens einE VertreterIn aus jeder Jugendorganisation der Bürgerschaftsparteien anwesend sein sollten. In diesen offenen Stunden sollen Jugendliche Gehör finden.

Die Pflicht für Schulen, einmal pro Jahr eine politische Diskussion zu veranstalten, an der VertreterInnen der Bürgerschaft und die letzten beiden Jahrgänge der Schule teilnehmen müssen.

2. Den Jugendlichen wird nicht genügend aktuelle Politik vermittelt.

Wir fordern:

Eine frühere Einführung des Faches Politik in der Schule.

Einen Politikunterricht, der sich mehr am politischen Tagesgeschehen orientiert.

Die Erhöhung der Bedeutung des Faches Gemeinschaftskunde, verbunden mit einer deutlichen Erhöhung der Stundenzahl. Insbesondere müssen volkswirtschaftliche Inhalte früher unterrichtet werden. Es ist darauf zu achten, daß politische, wirtschaftliche und gesellschaftswissenschaftliche Inhalte gleichberechtigt behandelt werden.

3. Die Politik ist für Jugendliche nicht transparent genug.

Wir fordern:

Veranstaltungen wie „Jugend im Parlament“ sollen zweimal jährlich stattfinden.

Mehr Werbung für solche Veranstaltungen.

Mehr Öffentlichkeitsarbeit, die speziell Jugendliche anspricht.

Wir finden es sehr bedauerlich, daß uns von Frau Rogalski-Beeck klargemacht wurde, daß mit Jugendpolitik keine Karriere zu machen sei und sich deshalb kaum einE PolitikerIn wirklich für Jugendliche interessiere. Uns ist dies unverständlich, denn schließlich sind wir die Zukunft und nicht zuletzt die zukünftigen WählerInnen.

2. Jugendarbeitslosigkeit

1. Mißstände

In Hamburg sind zur Zeit ca. 10 000 Jugendliche arbeitslos, darunter sind alle Schulformen vertreten. Gründe hierfür sind unserer Meinung nach:

1.1. Mangelnde Vorbereitung durch die Schulen auf das Arbeitsleben.

1.2. Fehlende moderne Technik an den Schulen (Multimedia usw.), die von den ArbeitgeberrInnen gefordert wird.

1.3. Zu kurze und zu späte Berufsorientierungshilfen mit fehlender Kontinuität.

1.4. Zu wenige Praktika und dadurch zu geringe Einblicke in Berufe und deren Möglichkeiten.

1.5. Häufig fehlende praktische Erfahrungen der LehrerInnen in der aktuellen Berufswelt.

1.6. Teilweise fehlende Flexibilität der Jugendlichen in der Berufswahl.

1.7. Zu wenig Angebote von Ausbildungsplätzen durch die Betriebe.

1.8. Wachsende Ansprüche der Betriebe an die Jugendlichen.

1.9. Bevorzugung Jugendlicher aus anderen Regionen, da angeblich die Vorbildung in anderen Regionen besser sei als in Hamburg.

1.10. Zu geringe Unterstützung für Jugendliche, die in anderen Regionen arbeiten wollen (soziale Unterstützung).

1.11. Mangelhafte finanzielle Unterstützung durch den Staat für Betriebe, die Auszubildende annehmen.

Um diese Mißstände aufzuheben, hat der Ausschuß für Jugend von „Jugend im Parlament“ folgende Forderungen erarbeitet:

2. Forderungen

2.1. Direkte Aufforderung an die Schulen, Vorbereitungsmaßnahmen durchzuführen (ggf. in den Lehrplan integrieren), z.B.: praktische und berufsnahe Arbeitsweisen in den Unterricht einbinden.

2.2. Die Anzahl der Praktika steigern, um einen umfassenden Einblick in die Berufswelt zu bekommen, da dies die Chance erhöht, einen Ausbildungsplatz zu bekommen.

2.3. Freiwillige Praktika für LehrerInnen, damit auch sie auf einem aktuellen wirtschaftlichen Stand sind.

2.4. Bessere Informationen für Jugendliche über die Möglichkeiten ihrer Berufswahl.

2.5. Verbesserung von schultechnischen Materialien und Anlagen, wie z. B.: Internet-Zugänge, Medienwerkstätte, neue Bücher, Sprachlaboratorien usw.

2.6. Häufigere und frühere Berufsorientierungsmöglichkeiten durch die Schulen (ggf. in den Lehrplan integrieren bzw. Projektwochen).

2.7. Generelle bessere soziale Unterstützung und Betreuung für Jugendliche, die in anderen Regionen arbeiten wollen.

2.8. Verstärkte finanzielle Hilfe für Ausbildungsbetriebe.

Wir hoffen, daß Ihnen endlich die Wichtigkeit dieser Probleme einleuchtet und Sie so schnell wie möglich etwas dagegen unternehmen werden.

In den vier Tagen, in denen wir an „Jugend im Parlament“ teilgenommen haben, haben wir gemerkt, daß einige PolitikerInnen wenig Interesse an Jugendproblemen haben. Wir hoffen, sie belehren uns eines Besseren.

Wir fordern, daß die Hamburger Bürgerschaft die Kultusministerkonferenz auffordert, die BSV (BundesschülerInnenvertretung) anzuerkennen.

Jugendkriminalität

1. Präventive Maßnahmen

1.1. Umschichtung von Geldern

Durch Umschichtung von finanziellen Mitteln sollten Jugendeinrichtungen weiter gefördert werden. Durch Wegholen der Jugendlichen von der Straße werden Straftaten aus mangelnder Beschäftigung verhindert.

Eine weitere Förderung dieser Einrichtungen und des damit verbundenen Verhinderns von Straftaten ist kostengünstiger als die durch Straftaten entstehenden Kosten für den Staat.

1.2. Unterstützung von Präventionsmaßnahmen

Um Jugendliche von Straße und damit Kriminalität fernzuhalten, würden wir uns wünschen, daß Prominente durch ihre Präsenz bei Sportprojekten von Jugendlichen mit ihrer Vorbildfunktion tätig werden (z.B. Sportprojekt „Midnight-Basketball“).

1.3. Ausbildung von LehrerInnen

Wir fordern, die Bewältigung von Konflikten in Aus- und Fortbildungsseminaren aufzunehmen, damit LehrerInnen in der Lage sind, angemessen und fachgerecht bei Konflikten zwischen SchülerInnen einschreiten zu können.

1.4. Mitgestaltung von Jugendzentren

Oftmals sind Jugendzentren leer, weil einer bestimmten Freizeitaktivität nicht nachgegangen werden kann. Könnte der Jugendliche bei der Gestaltung der Jugendzentren mitwirken, könnte jedes Jugendzentrum individuell je nach Geschmack eingerichtet werden; so könnte eine Steigerung der Resonanz von Jugendzentren erreicht werden.

1.6. Jugendarbeitslosigkeit

Durch Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit würde gleichzeitig die Jugendkriminalität abnehmen. Daher fordern wir, daß die Jugendlichen bei ihrer Jobsuche unterstützt und gefördert werden, da Arbeit den Jugendlichen ihr verlorenes Selbstwertgefühl wiedergibt.

2. Repressive Maßnahmen

2.1. Wir fordern, daß die Strafmündigkeit bei 14 Jahren belassen wird. Begründung:

- a) Wir befürchten, daß andernfalls noch jüngere Kinder von Banden für kriminelle Handlungen ausgenutzt werden.
- b) Kinder unter 14 Jahren begehen gewöhnlich einmalig ein kleineres Vergehen. Nur in sehr seltenen Fällen handelt es sich in diesem Alter um WiederholungstäterInnen oder Schwerkriminelle.
- c) In diesem Alter können die Eltern gewöhnlich noch auf ihre Kinder einwirken, was das Eingreifen von Justiz überflüssig macht.

2.2. Wir fordern, daß der TäterIn-Opfer-Ausgleich verstärkt angeboten wird. Begründung:

- a) Wir halten es für sehr wichtig, daß der/die TäterIn unmittelbar mit den Folgen seiner/ihrer Tat konfrontiert wird.
- b) Der TäterIn-Opfer-Ausgleich wird vom Opfer im allgemeinen als zufriedenstellender empfunden als eine Gerichtsverhandlung.
- c) Der TäterIn-Opfer-Ausgleich ist eine Maßnahme, die schnell und unbürokratisch stattfinden kann, aus Erfahrung sehr effektiv ist und sich auch finanziell in einem durchaus annehmbaren Rahmen bewegt.

2.3. Wir fordern, daß GewalttäterInnen in jedem Fall mit dem von ihnen angerichteten Schaden konfrontiert werden.

Falls nicht, wie im Idealfall, ein TäterIn-Opfer-Ausgleich stattfindet, sollte der/die TäterIn gezwungen werden, sich auf andere Art mit dem von ihm angerichteten Schaden auseinanderzusetzen (z. B. in Form von Fotos, Tonbändern, Gesprächen mit einem/einer Sozialpädagogen). Diese Maßnahme soll kein Ersatz für eine Gerichtsverhandlung sein, sondern eine Ergänzung. Begründung:

Wir denken, daß die direkte Konfrontation eine starke Wirkung auf den/die TäterIn hat.

2.4. Wir fordern eine konsequentere Gesprächsführung der Polizei mit den Eltern straffällig gewordener Jugendlicher. Begründung:

- a) Oft sucht die Polizei den Dialog mit den Eltern erst, wenn ihre Kinder bereits mehrfach straffällig geworden sind. Die Chancen der Eltern, dann noch auf ihre Kinder einzuwirken, sind dann bereits deutlich geringer als nach der ersten Straftat.
- b) Durch diese Gespräche müssen die Eltern auch von Möglichkeiten erfahren, wo sie sich Hilfe holen können.

2.5. Wir fordern eine bessere Opfer-Hilfe. Begründung:

- a) Die Opfer benötigen oft mehr Hilfe zur schnelleren Verarbeitung der Tat.
- b) Schnellere psychologische Hilfe nach jeder Tat dient auch der Gleichberechtigung zwischen TäterIn und Opfer, da im Hinblick auf TäterIn und Opfer oftmals der/die TäterIn im Mittelpunkt steht.

2.6. Das Hamburgische Gerichtssystem ist überlastet. Die Zeit zwischen Tat und Verhandlung ist zu lang. Wir fordern deswegen:

Die Aufteilung des Gerichtes in zwei Bereiche. Einen Bereich wie bisher, der sich mit SchwerverbrecherInnen bzw. WiederholungstäterInnen befaßt, und einen anderen Bereich, der sich nur mit kleinen Vergehen beschäftigt, um die Gerichte zu entlasten, da sie schneller und unkomplizierter handeln können.

3. Informationsdefizite abbauen

3.1. Da sich die TäterInnen oft nicht im klaren sind, was sie mit einem Strafdelikt bei einem Opfer für physische und psychische Störungen hervorrufen, fordern wir eine bessere Aufklärung der Jugendlichen über Gewalt.

Um dieses zu realisieren, schlagen wir vor:

a) Da die Zeit nach den Zeugniskonferenzen eine Zeit ist, in der nur wenig Unterrichtsstoff vermittelt wird, wäre es sinnvoll, eine Woche der Gewaltaufklärung stattfinden zu lassen.

b) Des weiteren sollte die Gelegenheit von Schulen wahrgenommen werden, einen Jugendbeauftragten in Klassen zu laden, um Diskussionen zum Thema Gewalt zu führen. Um dieses zu ermöglichen, sollte die Behörde für Inneres diese auch zur Verfügung stellen. DieseR sollte genau über die Konsequenzen einer Straftat für TäterIn und Opfer aufklären. Für TäterInnen wäre dieses eine Abschreckung.

c) Da Opfer von Straftaten größtenteils es nicht wagen, die Straftat anzuzeigen, weil sie Angst vor Racheakten haben, fordern wir eine Kampagne, die dazu ermutigt, die Straftat zur Anzeige zu bringen.

3.2. Es muß mehr Aufklärungsarbeit für die Opfer geleistet werden.

Darunter stellen wir uns vor, daß die Aufklärungsarbeit bei der Anzeige stattfindet. Dieses kann z. B. in Form eines Flugblattes oder einer Broschüre erfolgen. Inhaltlich sollten kompetente AnsprechpartnerInnen für psychologische Betreuung genannt werden. Zudem sollte auf das Jugendinformationszentrum (JiZ) oder ähnliche Einrichtungen hingewiesen werden.

Umwelt und Energie

Elbe

Dieser Ausschuß hat sich im Rahmen dieser Veranstaltung mit der Erweiterung des DASA-Geländes und somit der Zuschüttung des Mühlenberger Lochs und der Elbvertiefung befaßt.

Als Referenten waren eingeladen: Herr Meyer (Pressesprecher der Wirtschaftsbehörde), Herr Bonz (Wirtschaftsbehörde), Herr Dr. Westphal (Naturschutzbund).

In der daran anschließenden Ausschußarbeit haben wir folgende Resolution entwickelt:

- Wir haben die DASA-Erweiterung in Anbetracht der zwanzigprozentigen Zuschüttung des Mühlenberger Lochs und der dafür freigegebenen Ausgleichsfläche auf Hahnöfersand studiert.
- Wir alarmieren den/die BürgerIn vor der Zerstörung von einem wertvollen Süßwasserrichtungsgebiet, in dem prioritäre Arten nach der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie leben, einem Erholungsgebiet für Mensch und Tier.
- Wir weisen darauf hin, daß die Natur die Lebensgrundlage des Menschen ist. Ist sie einmal zerstört, so kann sie nicht wieder „hergestellt“ werden und ist für alle folgenden Generationen verloren. Wir zweifeln somit daran, ob der vordergründige wirtschaftliche Nutzen den langfristigen Schaden rechtfertigt.
- Wir betonen die Tatsache, daß durch viele kleinere Eingriffe und grobe (wie die DASA-Erweiterung es vorsieht) das Gleichgewicht des Flusses Elbe kippen kann.

Der Ausschuß berücksichtigte auch Argumente, die für die DASA-Erweiterung sprachen.

Hierbei kommen vor allem die wirtschaftlichen Aspekte in den Vordergrund:

- 4 000 bis 9 000 feste Arbeitsplätze würden entstehen.
- Es würden große Summen an Steuergeldern in die Region fließen.
- Der Handel in Hamburg würde expandieren.
- Die Entstehung der Zulieferindustrie.
- Die daraus entstehenden Ausbildungsmöglichkeiten.

Wir fordern:

- Die Erweiterung des DASA-Geländes für den A3XX durch Zuschüttung des Mühlenberger Lochs zu ermöglichen.
- Die achtzigprozentige Erhaltung des Mühlenberger Lochs.
- Die Einstufung als Naturschutzgebiet.
- Techniken, die im Einklang mit der Natur arbeiten.
- Hahnöfersand auch zum Naturschutzgebiet zu machen.

Elbvertiefung

Referenten: Herr Oellerich (Amt für Strom- und Hafenbau, Wirtschaftsbehörde), Herr Dr. Westphal (Naturschutzbund).

In der Ausschlußarbeit haben wir folgende Resolution entwickelt:

- Geleitet von der Tatsache, daß Hamburg der größte deutsche Seehafen und ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt ist, betonen wir die Wichtigkeit der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Freien und Hansestadt Hamburg.
- Wir erkennen die Entwicklung der Industrien im Bau von größeren Containerschiffen und die dadurch erhöhte Effizienz der einzelnen Transporte an.
- Wir erkennen die Minimierung der Umweltschäden bei dem Verfahren der Elbvertiefung an. Die Fahrrinne wird von 13,5m auf 14,4m und 15,3m im Hafen bzw. 15,2m in der Außenelbe vertieft.
- Wir betonen, daß es sich nur zu einem geringen Anteil (6,6 Prozent) um belastetes Baggergut handelt.
- Unter Hinweis auf den dadurch erweiterten Containerumschlag begrüßen wir die Elbvertiefung.

Wir fordern:

- Verbesserten Gewässerschutz und mehr Kontrollen der Wasserqualität.
- Ausbau des übergreifenden Umweltschutzes.

Atomausstieg

Referenten: Herr Altmeppen (HEW), Herr Lücking (Greenpeace).

Wir haben uns mit den Möglichkeiten des Ausstiegs aus der atomaren Energiegewinnung befaßt. Dazu haben wir uns außerdem mit alternativen Energiequellen auseinandergesetzt. Wir haben zu diesem Thema folgendes festgestellt:

Wir fordern den Ausstieg aus der nuklearen Energieerzeugung bis 2005, da

1. eine akute Gefahr für Lebewesen durch Betriebsstrahlung, Abfall und eventuelle Unfälle besteht.
2. Weiterhin sind auch längerfristig die Kosten für nukleare Energieerzeugung höher als die für Energieerzeugung aus alternativen Quellen (hier: Gas und regenerative Energien).

Daher empfehlen wir größere Prioritätensetzung auf die

- a) Einsparung von Energie in Industrie und Haushalt,
- b) die Erhöhung der Effizienz der erwähnten alternativen Energieerzeugung und

- c) deren Ausbau.
- d) Des weiteren empfehlen wir eine stärkere Förderung der Forschung an schon vorhandenen und neuen nachhaltigen Energiequellen.

Zu a): Die Einsparung von 35 bis 45 Prozent des gesamten Energieverbrauchs ist möglich. Dieses Potential sollten wir ausschöpfen, soweit es wirtschaftlich vertretbar ist. Das soziale Bewußtsein muß sich zu einem sparsameren und intelligenteren Umgang mit den gegebenen Energieressourcen entwickeln.

Zu b): Durch eine Erhöhung der Effizienz ist eine größere Ausbeute bei niedrigerer Leistung gegeben, dies wird durch verbesserte Energieleitung, Kraftwerke und Endgeräte erreicht.

Zu c): Alternative Energiequellen sind sicherer und umweltverträglicher als nukleare Energiequellen und garantieren den Standard der Lebensqualität in Zukunft.

Resolution des Gesamtausschusses

Die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg möge beschließen:

Die Veranstaltung „Jugend im Parlament“ soll künftig auf fünf Werktage (Montag bis Freitag) ausgedehnt werden. Um den Zeitdruck zu verringern und dadurch die Arbeit effektiver und intensiver zu gestalten, ist ein zusätzlicher Arbeitstag nötig.

Ablauf kommender Veranstaltungen von „Jugend im Parlament“

Die TeilnehmerInnen von „Jugend im Parlament“ 1998/1999 verabschieden auf der Abschlußveranstaltung folgende Resolution zum Ablauf kommender Veranstaltungen von „Jugend im Parlament“.

Nach unseren eigenen Erfahrungen begrüßen wir den Vorschlag für einen überarbeiteten Ablauf für die Hauptveranstaltung von „Jugend im Parlament“ 1999/2000 aus Drucksache 16/2245, Anlage 0.

Sowohl die Konstituierung der Ausschüsse am ersten Veranstaltungstag als auch die Vervielfältigung der Resolutionsanträge bis zum Ende des dritten Veranstaltungstages dürften viel zur Verbesserung des Gesamtablaufes beitragen.

Wir weisen jedoch an dieser Stelle darauf hin, daß kommende Veranstaltungen von „Jugend im Parlament“ ohne erhöhten organisatorischen oder finanziellen Aufwand von Seiten der Bürgerschaftskanzlei an nicht aufeinanderfolgenden Wochentagen stattfinden könnten.

Den TeilnehmerInnen an kommenden Veranstaltungen sollte die Möglichkeit gegeben werden, eigenverantwortlich und unbetreut Resolutionsentwürfe entwickeln zu können, da von dieser Arbeit das Gelingen der weiteren Veranstaltung, insbesondere der Ausschusssitzungen, abhängt.

Wir fordern daher den Einbezug eines Wochenendes in den Ablauf der Hauptveranstaltung zwischen dem zweiten und dritten Veranstaltungstag.

Darüber hinaus möchten wir anregen, an Stelle einer Rathausführung eine zweite Aktuelle Stunde in das Konzept aufzunehmen. Die Rathausführung könnte als Einstimmung auf die Veranstaltung einige Tage vor Beginn der Hauptveranstaltung angeboten werden.

Um einen höheren Werbeetat zu finanzieren, könnte während der Hauptveranstaltung ein Buffet zum Mittagessen die hohen Kosten für den Restaurantbesuch senken.

Um die kontinuierliche Anwesenheit der Teilnehmer an „Jugend im Parlament“ zu gewährleisten, fordern wir eine regelmäßige Kontrolle der Anwesenheit mit Rückmeldung an die Schule, Arbeitsplatz usw. beispielsweise durch eine Anwesenheitsliste.

Aus ökologischen Gründen und zwecks Erleichterung des Kennenlernprozesses fordern wir die Einführung von Buttons statt Blumen am ersten Veranstaltungstag.

Empfehlung an die Ausschüsse der Bürgerschaft

Die TeilnehmerInnen von „Jugend im Parlament“ 1998/99 empfehlen konkretere und klarer formulierte Stellungnahmen der einzelnen Bürgerschaftsausschüsse hinsichtlich der behandelten Inhalte, damit auf der Abschlußveranstaltung „Jugend im Parlament“ die Ergebnisse besser bewertet werden können.

Darin eingeschlossen ist die Forderung, die von „Jugend im Parlament“ ausgearbeiteten Resolutionen nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern die Durchsetzung der Ergebnisse in der Bürgerschaft zu fördern und zu unterstützen.